



Rainer Löhr

*Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion
im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg*

*Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2009
Ratssaal des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg
Magdeburg, 08. Dezember 2009*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
liebe Gäste und Medienvertreter,

Alle sehen es:

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander, jedoch nicht nur im privaten Bereich zwischen Multimillionär und Hartz IV – Empfänger oder im Niedriglohnssektor, auch zwischen den **Kommunen** in Deutschland, unabhängig von ihrer Größe - Millionendörfer und wohlhabende Städte versus hoch verschuldete Großstädte wie Magdeburg, Halle oder auch Gelsenkirchen, Wuppertal, Oberhausen u.a..

Der Durchschnitt in der Bundesrepublik weist für die Kommunen eine Sanierung ihrer Finanzen auf, aber die sozialen Lasten sind sehr ungleich verteilt. So kommt es z.B., dass Magdeburg mit den Kosten für Unterkunft und Heizung für Bedarfsgemeinschaften und sogenannte Aufstocker, also Niedrigverdiener mit Zuschüssen der Kommune, mit allein 26 Millionen Euro weit über dem deutschlandweiten Durchschnitt liegt. Insgesamt betragen die Sozialleistungen 20 % der Ausgaben unseres Verwaltungshaushaltes. Der Bundeshaushalt dagegen entlastet sich selbst um 7,5 Millionen Euro bei den Unterkunftskosten, das finde ich als Bürger einer Kommune ungerecht.

Derartige zusätzliche Kosten fressen die Einsparungen seit Jahren immer wieder auf, wie auch die von uns beklagten minderen Zuwendungen des Landes, welches für sich selbst bekanntlich auch ein Sparprogramm aufgelegt hat. Eigentlich begrüßenswert, denn uns Landeskindern wird dadurch mittel- und langfristig Entlastung zuteil – nur eben kurzfristig nicht. Und wir leben nun mal **jetzt**.

Grundlage unseres Haushaltes ist der Eckwertebeschluss. In ihm haben wir beschlossen, dass alle Budgets abgeschmolzen werden, in diesen Fällen mit der Gießkanne – je 2,5 % Ausgabenkürzung in allen Budgets, insgesamt 1,27 Millionen Euro.

Die Pflichtaufgaben dürfen nicht betroffen sein, also werden freiwillige Aufgaben beschnitten, natürlich nicht freiwillig, sondern unter Protest und Versuchen, dies mit Anträgen abzufangen. Das ist legitim, aber für die Schuldenbegrenzung nicht förderlich.

So richtig reingehauen haben die 8 % Tarifaufwüchse im öffentlichen Dienst. Um nicht missverstanden zu werden: Allen sei es gegönnt und denen, wo dies noch nicht klar geregelt ist, wünsche ich es auch. Allerdings lastet dies besonders schwer auf den nicht sehr breiten Schultern der Kommune und das Problem kann bekanntlich auch nicht allein durch Lohn- und Gehaltsanpassungen gelöst werden, sondern nur durch vielfältige Formen von

Arbeitszeitregelungen, Wiederbesetzungssperren, Nichtwiederbesetzung oder Haustarifverträgen.

Hier sind solidarische Verhaltensweisen gefordert, wir hörten vom OB die Nennung von Maßnahmen, die Kernverwaltung betreffend, das ist vielen Bürgern, aber auch einigen Stadträten offenbar nicht bewusst!

Mildernd für unsere prekäre Finanzlage wirkten die in den letzten Jahren steigenden Gewerbesteuern, auch die um 1 % höhere Schlüsselzuweisung der Landesregierung für die großen Städte (Erhöhung von 27 auf 28 %) für 2009. Damit ist zumindest der Status quo nach der Fusion von Dessau mit Roßlau erhalten worden, andernfalls wäre es bei gleichbleibender Quote zu einer nominellen Verschlechterung gekommen. Daher wären 30 % angemessener in Würdigung der infrastrukturellen Leistungen der Städte auch für die Region, aber eine dauerhafte, sichere Finanzierungshilfe über 2009 hinaus wäre auch schon was!

Die Ankündigung der drastischen Minderung der Verbundquote im Lande von jetzt 22,3 % auf 18 % ab 2010 bis 2020 erfüllt nicht nur uns mit großer Sorge. Der Ausgleich dafür müsste aus den Gewerbesteuern kommen - in diesem Jahr sogar 8 Mio. € mehr als erwartet - , aber die Ansiedlung von Unternehmen in einer Größenordnung, die diese Defizite ausgleichen könnten, ist eher unwahrscheinlich.

Um nicht den Eindruck zu erwecken, wir beklagten uns stets nur über schlechte Behandlung durch das Land: Es gibt z. B. aktuell ein Entgegenkommen. Für das Sorgenkind Parkraumgesellschaft konnte der Oberbürgermeister in Verhandlungen mit dem Ministerium für Finanzen bei den Zinszahlungen für das Darlehen vom Land eine Halbierung der Summe erreichen, immerhin 300.000 Euro. Damit stünde der bisher verzögerten Liquidierung der Gesellschaft eigentlich nichts mehr im Wege.

Wenn man bedenkt, dass es Magdeburg und vergleichbare ostdeutsche Städte bei den Steuereinnahmen nur auf die Hälfte der westdeutschen Städte bringen, kann man eine Angleichung nur in sehr weiter Ferne sehen, wenn dies überhaupt erreichbar ist angesichts unserer demografischen Entwicklung und der Abwanderung junger Leute.

Als Hoffnungsschimmer in der Düsternis können wir die Information der Kämmerei sehen, dass seit 7 Jahren erstmals wieder ein struktureller Überschuss generiert werden konnte, und zwar eine halbe Million Euro! Der strenge Kurs zeigt also Erfolge.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschaftslage halte ich die Prognosen, die wachsenden Steuereinnahmen betreffend, für recht kühn (von 142 Mio €2008 auf 175 Mio € dann im Jahre 2015) (bzw. von 328 Mio €2008 auf 368 Mio €2015) mit den allgemeinen Zuweisungen zusammen.

Bei den Ausgaben wird mit einer Personalausgabensteigerung von ca. 7 Millionen Euro im nächsten Jahr im Vergleich zu 2008 gerechnet, 2010 immerhin noch mit 6 Millionen Euro und in den Folgejahren mit ca. 4 Millionen Euro.

Für das nächste Jahr scheint, obwohl insgesamt Personaleinsparungen wie geplant wirksam werden sollen, ein Aufwuchs um 41,5 Stellen unentbehrlich zu sein. Einige Stellen davon sind allerdings zeitlich begrenzt. Aber mit weiteren Tarifsteigerungen ist unweigerlich zu rechnen.

Unter dem Strich ist die Erkenntnis zwar nicht neu, dass auch die Ausgaben reduziert werden müssen, dass aber besonders Einnahmesteigerungen nötig sind.

Das sind so Überlegungen, die auch für die 30 Änderungsanträge das Kriterium sein sollten. Auch wir als Stadträte müssen uns der Verantwortung zum Sparen stellen, allein der 2. Sitzungstag im Monat könnte mit maßvollerer Debatte im Jahr bis zu 20.000 €Einsparung erbringen.

Mit Sorge muss uns alle die globale Entwicklung erfüllen - mit Bankenkrähen, Firmenzusammenbrüchen, Transportleistungseinbrüchen, Absatzschwierigkeiten von Produkten, geringerer Nachfrage nach Dienstleistungen. Das alles trifft uns auch, wenn auch mit einiger Verspätung in manchen Sektoren. Wenn man nun pessimistisch wäre - aber das sind wir ja nicht, oder?

Der Konsolidierungskurs ist richtig, 92 Millionen Euro sind noch zu tilgen. Doch 2015 ist nahe, dann können wir uns wieder mehr leisten. Kaufen sollen wir ja jetzt schon eifrig, soll heißen: Umsatzsteigerung des Handels als eine Wegmarke auf dem Ausweg aus Krise, Rezession, Wirtschaftsflaute oder wie immer man die gegenwärtige Wirtschaftslage einschätzen mag.

Das Ausmaß der Krise ist nur erahnbar, die Tatarenmeldung, die z.B. der Volkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, in die Welt setzt von mehr als 4 % Minuswachstum im nächsten Jahr ist eine große Keule, aber minus 1% wäre auch schon beträchtlich, so andere Voraussagen. Aber immer wieder sagen uns Wirtschaftsexperten, dass 50 % der Lageeinschätzung Psychologie sind.

Mit unserem Beschluss zum Erhalt der WoBau als städtischem Unternehmen sind wir auch auf einem guten Wege. Mit dem „Nichtverkauf“ von Anteilen haben wir uns die Chance auf Gewinnausschüttung bzw. Refinanzierung von Zuschüssen bei Gesellschaften erhalten.

Sie wissen, dass die SPD seit längerem mit einem Antrag die Mitgliedschaft in Verbänden und Vereinen von Ausschüssen und Verwaltung auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen lassen will. Ohne dem vorgreifen zu wollen: Die Mitgliedschaften in den großen Verbänden Deutscher Städtetag (69.000 €) und Städte- und Gemeindebund (92.000 €) sind in dem Punkt zu hinterfragen, ob sie für die Rückenstärkung der großen Städte in LSA wirksam geworden sind oder mehr die Interessen der kleineren Kommunen vertreten. In dem Fall nützt uns eine Mitgliedschaft nichts. Diese Auffassung wird auch von der Stadt Halle vertreten. Natürlich nutzt ein Alleingang einer Stadt nichts, hier würde nur eine Infragestellung durch mehrere Betroffene Wirkung zeigen. Es sollten auch andere Mitgliedschaften in 2-Jahres-Abständen evaluiert werden, nicht nur die mit mehr als 10.000 € alle 3 Jahre.

Wir werden uns alle nach der Jahreswende in einem an Schärfe zunehmendem Wahlkampf wieder finden. Er wird auch unsere Arbeit im Stadtrat beeinflussen. Aber wir müssen uns dabei als politischem Teil der kommunalen Selbstverwaltung bewusst sein, dass sich Lobbyismus im Wahljahr früher oder später selbst entlarvt. Und wir müssen uns bewusst sein, dass wir nicht in den Stadtrat gewählt wurden, um nur einigen Bürgern oder gar uns selbst zu Gefallen zu sein, sondern weil man uns das Vertrauen aussprach, die Entwicklung unserer Stadt zum Wohl aller Bürger am besten zu gestalten.

Aus gegebenem Anlass und weil ich schon mal das Wort habe einige Bemerkungen zu einer Thematik, die auf den ersten Blick nicht zur Haushaltsdebatte zu gehören scheint, gleichwohl aber eine finanzielle Belastung darstellen könnte: Der Einzug von NPD-Mandatsträgern in den Magdeburger Stadtrat. Die mimischen Verrenkungen, die auf der Tribüne sichtbar werden, sind Zeichen für die Anmaßung, hier bei uns mitwirken zu wollen und uns aufzumischen.

Nach meiner grob überschlägigen Kostenschätzung würde uns eine Zweier – Nazi – Fraktion zwischen 80.000 und 100.000 Euro in der Wahlperiode kosten, die der Steuerzahler finanzieren müsste, um **w a s** davon zu haben? Ständige Attacken auf demokratische Verfahrenswege, Anfragen und Anträge, die provokatorisch, demagogisch, unsinnig oder unverschämte sind, wie in Sachsen zu beobachten oder im Parlament von Sachsen –Anhalt mit der unsäglichen Episode der Belastung durch eine DVU-Fraktion in der 3. Wahlperiode von

1998 bis 2002. Auch wir belasten gelegentlich die Verwaltung mit Anfragen und Anträgen, aber in demokratischer Denkweise und meist mit progressiver Zielstellung.

Aber die auch jetzt schon oft gereizte Auseinandersetzung, der politische Schlagabtausch würde eine andere Dimension bekommen. Deshalb gilt es, alles zu tun, damit diese Partei für die Bevölkerung als nicht wählbar entlarvt wird.

Nun sehen Sie es mir nach, dass ich nicht über alles noch mal gesprochen habe. Man kann über alles sprechen, muss es aber nicht.

Nun lassen Sie uns den Haushaltsentwurf maßvoll abrunden und zur Genehmigung einreichen. Mit der Verabschiedung noch in diesem Jahr setzt die Landeshauptstadt eine gute Tradition fort und kann daher mit einer frühzeitigen Genehmigung rechnen, wenn das Landesverwaltungsamt nicht noch Haare in der Suppe findet (bei den freiwilligen Leistungen?) und uns zu einer vorläufigen Haushaltsführung zwingt, wie es anderen Kommunen so geht.

Da heute unsere letzte Sitzung im Jahr ist, möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, unseren beiden scheidenden Beigeordneten, Herrn Dr. Puchta und Frau Beate Bröker nachdrücklich für ihre sehr gute und erfolgreiche Arbeit in den letzten 7 Jahren zu danken. Unsere Fraktion jedenfalls weiß ihre umsichtige und nachhaltig wirkende Arbeit sehr zu schätzen !

Immer wieder wird betont, dass uns die fleißige und verantwortungsbewusste Arbeit der Kämmerei in die Lage versetzt, die Ausgangsbedingungen einzuschätzen und uns mit den Veränderungen bezüglich der Fördermittel oder der Minderung von Zuwendungen auseinander zu setzen. Wir danken deshalb nachdrücklich Herrn Zimmermann und seinem Team für ihre Arbeit.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

[Es gilt das gesprochene Wort.]